

VNR Input 2025

Kapitel 2 Umsetzung der Agenda 2030 in, mit und durch Deutschland – Institutionen, Finanzierung, Mehrebenen-Ansatz

Rechtebasierte Teilhabe in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sicherstellen

Mitunterzeichner: Forum Umwelt und Entwicklung, BAGSO - Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, Gender CC - Women for Climate Justice e.V., WECF Deutschland

Teilhabe ist eine menschenrechtliche Grundanforderung. Dieser muss sich die Bundesregierung als menschenrechtlicher Pflichtenträger auch in ihrer Entwicklungszusammenarbeit (EZ) stellen. Das bedeutet, Politik und Strategien mit Rechteinhabenden und nicht nur für sie zu gestalten. Ob beim Umwelt- und Naturschutz, der Hunger- und Armutsbekämpfung oder zur Schaffung guter Arbeit: Die Identifikation und Inklusion von Rechteinhabenden wie Indigenen, Kleinbäuerinnen oder Fabrikarbeiterinnen ist eine zentrale Grundlage und Herausforderung, um bei der Umsetzung der Agenda 2030 voranzukommen. Auch die Rechte von Frauen, älteren Menschen und anderen diskriminierten Gruppen sollen gestärkt werden. Der Partner-Ansatz, der in der deutschen und internationalen EZ dominiert, reicht oftmals nicht aus, um gegenseitiges Lernen und Teilhabe von Rechteinhabenden sicherzustellen. Die Bundesregierung muss deswegen ein Konzept für die internationale Zusammenarbeit erarbeiten, das darlegt, wie sie Rechteinhabende identifiziert und deren effektive Teilhabe sicherstellt. Das Deutsche Institut für Menschenrechte könnte hierfür beratend unterstützen. Auch wird der Welternährungsausschuss der Vereinten Nationen (Committee on World Food Security, CFS) regelmäßig als Positivbeispiel in der multilateralen Zusammenarbeit genannt. Denn hier können die von Hunger am meisten bedrohten und betroffenen Gruppen selbstorganisiert an Politikprozessen teilhaben. Es braucht eine systematische Anwendung der dortigen Politikempfehlungen durch die deutsche EZ. Dazu bei trägt auch eine Vertiefung der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik, die Umsetzung der dazu entwickelten Leitlinien und Strategien sowie die Stärkung der lokalen Menschenrechtsgruppen. Feministische Außenpolitik weltweit baut auf der „Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit“ (Resolution 1325 und Folgeresolutionen) auf. Frauen und marginalisierte Gruppen erleben Kriege und Konflikte aufgrund ihrer gesellschaftlich zugeschriebenen Rollen anders und können auf eine andere Weise zu Friedensprozessen beitragen. Damit stellt feministische Außenpolitik Menschen in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen.

Kapitel 3 Transformativ handeln: Integrierte Umsetzung der SDGs in Deutschland

Vorsorgliche Pause bei Tiefseebergbau-Verhandlungen und Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie

Mitunterzeichner: Forum Umwelt und Entwicklung, AG Tiefseebergbau, Ozeanien-Dialog, Brot für die Welt, fair oceans, WWF Deutschland, DEEPWAVE, WECF Deutschland, Gender CC - Women for Climate Justice e.V.

Deutschland hat eine wichtige Rolle in den Verhandlungen über Abbauregularien für einen möglichen Tiefseebergbau bei der Internationalen Meeresbodenbehörde. Mit der vorsorglichen Pause ("precautionary pause") hat sich die Bundesregierung begrüßenswerterweise darauf verständigt, den unmittelbaren Start des kommerziellen Tiefseebergbaus zu verhindern, und schließt die Vergabe von Förderlizenzen bis auf weiteres aus. Deutschland war damit eine der ersten Industrienationen, die sich mit mittlerweile 32 Staaten für eine Pause, ein Moratorium oder ein Verbot einsetzen. Doch die deutsche Position geht nicht weit genug. Um das bereits gefährdete Ökosystem Ozean vor irreversiblen und nicht vorhersehbaren Folgen zu schützen und die Rechte der langfristig vom Tiefseebergbau betroffenen Menschen zu respektieren, muss sich die Bundesregierung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene dafür einsetzen, den Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee zu verhindern. Die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft mit einer Reduktion des absoluten Primär-Rohstoffverbrauchs, ehrgeizigen Wiederverwendungszielen, verbessertem Recycling und nachhaltigem Produktdesign macht mineralische Rohstoffe aus der Tiefsee überflüssig. Die Bundesregierung hat mit der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie den Weg zur Ressourcenschonung eingeschlagen, diese muss nun zeitnah umgesetzt werden. Für mehr Verbindlichkeit braucht es jedoch ein Ressourcenschutzgesetz, das messbare Ziele, Reduktionspfade, Monitoring, Sanktionen und Berichtspflichten verbindlich festlegt.

Kapitel 4 Wo will Deutschland besser werden – inklusiv, transparent, selbstkritisch

Verschmutzungskrise mehr politische Relevanz geben am Beispiel Plastik und Chemikalien

Mitunterzeichner: Forum Umwelt und Entwicklung, Exit Plastik Bündnis, Health and Environment Justice (HEJSupport), Forum Ökologie & Papier, WECF Deutschland, Gender CC - Women for Climate Justice e.V., Zero Waste Germany e.V., Heinrich-Böll-Stiftung

Deutschland hat in den letzten Jahren einige richtungsweisende politische Entscheidungen in der Klima- und Energiepolitik getroffen. Dazu zählt beispielsweise der finale Atomausstieg mit der Stilllegung der letzten Atommeiler im Jahr 2023. Auch der Ausstieg Deutschlands und der EU aus dem Energiecharta-Vertrag 2024 ist ein großer Fortschritt. Damit hat die Bundesrepublik das größte und gefährlichste Investitionsschutzabkommen der Welt verlassen - und zwar explizit, weil es notwendige Klimaschutzmaßnahmen erschwert. Zudem hat Deutschland eine wichtige Rolle dabei gespielt, dass auch die EU aus dem Vertrag ausgetreten ist. Gleichzeitig hat Deutschland allerdings neuen EU-Freihandelsabkommen zugestimmt, die der Position beim Energiecharta-Vertrag widersprechen, wie den Ausschluss fossiler Investitionen aus dem Investitionsschutz. Trotz aller Konflikte und notwendigen Nachschärfung u.a. der richtigen Maßnahmen stehen nachhaltige Energiepolitik und die Bekämpfung der Klimakrise weiterhin oben auf der politischen Agenda.

Biodiversitätsverlust und die Verschmutzung des Planeten werden nicht einmal ansatzweise so viel diskutiert und politisch adressiert. Begründet wird dies überwiegend aus ökonomischen Gründen, um einer vermeintlichen wirtschaftlichen Rezession Gründe für mehr Wachstum zu liefern. Die Krisen hängen jedoch zusammen, verstärken sich gegenseitig und gefährden unseren Wohlstand. Eine Lösung und umweltpolitische Trendwende muss in allen Bereichen die planetare Triple-Krise mitdenken. Auch müssen stärker soziale Aspekte mitgedacht sowie die diversen Auswirkungen der Krisen auf unterschiedliche Bevölkerungs- und Betroffenheitsgruppen gezielter betrachtet werden.

Beispiel Plastik und Chemikalien: In Plastik kommen weltweit bis zu 16.000 Chemikalien vor. Ein Viertel der Chemikalien gilt als bedenklich für Mensch und Umwelt; bei über 10.000 liegen keinerlei Erkenntnisse vor. Chemikalien migrieren aus dem Plastik und gelangen in Mensch und Umwelt, reichern sich in Nahrungsketten an und belasten Ökosysteme. Zeitgleich ist die Plastikproduktion und -nutzung aufgrund der fossilen Basis für einen erheblichen Teil der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Bis 2050 wird die Plastikproduktion und -nutzung voraussichtlich 13% unseres verbleibenden Kohlenstoffbudgets in einem 1,5°C-Szenario verbrauchen. Neben der Reduktion von Plastikproduktion und -nutzung muss sich die Bundesregierung für ein Verbot von gesundheits- und umweltschädlichen Chemikalien in Plastik und darüber hinaus einsetzen, insbesondere solcher mit persistenten Eigenschaften (z. B. PFAS) und hormoneller Wirkung (EDCs). Deutschland muss sich darüber hinaus auf europäischer, nationaler und internationaler Ebene für Exportverbote, strenge Regulierung und

ein Verbot schädlicher Chemikalien einsetzen. Dies ist auch ein Ziel im von Deutschland ambitioniert unterstützten Global Framework on Chemicals. Doch noch immer werden Chemikalien, die aufgrund ihrer Gefährlichkeit in Deutschland verboten sind, weiterhin in Länder mit geringeren Standards und fehlenden Regularien exportiert.